

Dieter Rucht

Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen?

Über den Versuch einer linken Sammlungsbewegung



ipb working paper 2/2018

Autor

ipb working papers | Berlin, November 2018

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb working papers sind Jannis Grimm, Dieter Rucht und Sabrina Zajak verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>



Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Sammlungsbe-
wegung von Dieter Rucht ist lizenziert unter ei-
ner Creative Commons Namensnennung Inter-
national Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines
Fotos von Dieter Rucht erstellt. Das Foto wurde
von Simon Teune bearbeitet und ist unter einer
Creative Commons Namensnennung Internatio-
nal Lizenz (CC-BY 4.0).

Dieter Rucht

Institut für Protest- und Bewegungsforschung
(ipb)

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

dieter.rucht@wzb.de

Rucht, Dieter. 2018. Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Samm-
lungsbewegung, *ipb working paper series*, 2/2018. Berlin: ipb.

Zusammenfassung

Die Ausrufung der linken Sammlungsbewegung #aufstehen mit der Galionsfigur Sahra Wagenknecht hat weit über die Linkspartei hinaus Wellen geschlagen. In einer Situation der Zersplitterung oder sogar des Gegeneinanders linker Kräfte ist der Ruf nach Sammlung und Einigung attraktiv. Allmählich werden die Umrisse des Vorhabens deutlich. Somit ist es Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Meine These: Das Vorhaben #aufstehen, das nach Kriterien der Aufmerksamkeitsgewinnung furios gestartet ist, aber den Kriterien einer basisnahen und partizipatorischen Bewegung bislang zuwider läuft, wird es bald mit den „Mühen der Ebenen“ zu tun haben. Angekündigt als ein Themen und Strömungen übergreifendes Sammlungsprojekt, dürfte es aufgrund einer Reihe von Problemen mittelfristig ins Stocken geraten. Dann kann für die Initiatoren der Bewegung die ohnehin nicht ausgeschlossene Option einer neuen linken Partei attraktiv werden. Das würde ihnen zwar eine eigene Machtbasis verschaffen, aber das Zusammenrücken bereits bestehender linker und halblinker Parteien behindern. Es würde zudem das Aus für das Vorhaben einer breiten Sammlungsbewegung bedeuten.

Inhaltsverzeichnis

Die bisherige Entwicklung	1
“... fertig, los!”	2
Nachfolgende Äußerungen, Ankündigungen und Aktionen	4
Die Initiative im größeren historischen und politischen Zusammenhang	6
Bewegung, Parteien und Bewegungsparteien	7
Führerschaft und politisches Unternehmertum	8
Neuere Anläufe zu Sammlungsbewegungen im In- und Ausland	9
Problem des Avantgarde-Modells und des politischen Unternehmertums	11
Politische Einschätzung und Perspektiven von #aufstehen	12
Die Stärken von #aufstehen	12
Probleme und Defizite	13
<i>Fehlender Rückhalt in der eigenen Partei;</i>	
<i>Distanz bei SPD und Grünen</i>	14
<i>Gründung von oben und Personalisierung</i>	14
<i>Fehlende Verbindung zu sozialen Bewegungen</i>	15
<i>Professionelle Werbetechnik statt Diskurs</i>	15
<i>Unzureichende inhaltliche Konkretisierung</i>	16
<i>Vorstufe zu neuer Partei?</i>	16
Fazit	17
Literatur	18

Die Ausrufung der linken Sammlungsbewegung #aufstehen mit der Galionsfigur Sahra Wagenknecht hat weit über die Linkspartei hinaus Wellen geschlagen. Inzwischen lässt das mediale Interesse nach. Auch weicht die positive wie negative Erregung innerhalb linker Kreise einer abwartenden Haltung. Der zunächst rasante Zulauf scheint sich zu verlangsamen. Somit ist es Zeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen, d.h. die bisherige Entwicklung zu resümieren, die Unterschiede zu ähnlichen Vorhaben im In- und Ausland zu markieren, die Stärken und Schwächen des Unterfangens zu beleuchten und – notwendig spekulativ – dessen Aussichten anzusprechen. Meine darauf gemünzte These lautet: Dieses Vorhaben, das nach Kriterien der Aufmerksamkeitsgewinnung furios gestartet ist, aber den Kriterien einer basisnahen und partizipatorischen Bewegung bislang zuwiderläuft, wird es bald mit den „Mühen der Ebenen“ zu tun haben. Angekündigt als ein themen- und strömungsübergreifendes Sammlungsprojekt, dürfte es mittelfristig ins Stocken geraten. Dann kann für die InitiatorInnen der Bewegung die ohnehin nicht ausgeschlossene Option einer neuen linken Partei attraktiv werden. Das würde ihnen zwar eine eigene Machtbasis verschaffen, aber das Zusammenrücken bereits bestehender linker und halblinker Parteien eher behindern als befördern.

Die bisherige Entwicklung

Bereits im Laufe des Jahres 2017 machte Oskar Lafontaine in Interviews erste Andeutungen, dass eine „Bewegung“ gegründet werden solle. In einem Gespräch mit dem Spiegel vom 30. Dezember meinte er: „Wir brauchen eine linke Sammlungsbewegung, eine Art linke Volkspartei, in der

sich Linke, Teile der Grünen und der SPD zusammen tun.“ Es ist bemerkenswert, dass in diesem Zitat Partei und Bewegung in eins gesetzt werden. In weiteren Interviews im Januar 2018 sprach Lafontaine von der Notwendigkeit einer „neuen linken Volkspartei“. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung erklärte er: „Diejenigen, die über die Parteigrenzen hinaus wieder mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland wollen, müssten eine neue linke Sammlungsbewegung gründen. Diese Bewegung sollte nicht nur die klassischen Parteien, sondern auch Gewerkschafter, Sozialverbände, Wissenschaftler, Kulturschaffende und andere umfassen.“¹ Bereits in dieser Phase erwähnte auch Sahra Wagenknecht bei verschiedenen Gelegenheiten das Vorhaben einer Sammlungsbewegung. Inspirierend wirkten sicherlich Vorbilder aus Frankreich (La France insoumise, Das unbeugsame Frankreich, von Jean-Luc Mélenchon) und das jugendlich geprägte Unterstützungsnetzwerk Momentum für den linken Flügel der britischen Labour Party.²

Mitte Mai 2018 kursierte erstmals ein namentlich nicht gekennzeichnetes Papier unter der Überschrift „#fairland. Für ein gerechtes und friedliches Land“.³ Einleitend steht eine massive Klage: „Es geht nicht fair zu. Nicht in unserem Land und auch nicht auf der großen Bühne der Weltpolitik. Macht triumphiert über Vernunft, Gewalt über Völkerrecht, Gier über Gemeinwohl, Geld über Demokratie.“ Auf der vierten und letzten Seite des Papiers sind elf Punkte, wenngleich in sehr allgemeiner Form, festgehalten. Genannt werden Forderungen wie „exzellente Bildung für alle“, „Demokratie wiederherstellen“ und „Sicherheit im Alltag“. Der Aufstieg der Rechten und der wachsende Rassismus im Lande finden keine Erwähnung. Der Text, angeblich „aus Versehen“ in Zeitungsredaktionen gelandet, wurde flugs zu

¹ Westdörp, Uwe. „Ansichten eines Querdenkers: Oskar Lafontaine redet Tacheles.“ *NOZ*, 2. Februar 2018. <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/997335/ansichten-eines-querdenkers-oskar-lafontaine-redet-tacheles>.

² In einem Interview mit dem Spiegel vom 13. Januar 2018 bezieht sich Wagenknecht auf die Wahlerfolge von Macron (als Gewinner der Präsidentschaftswahl) und, „noch bemerkenswerter“, des Linken Mélenchon, der „mit seiner Bewegung ‚La

France insoumise‘ aus dem Stand knapp 20 Prozent erreicht (hat)“. <https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2690.ich-w%C3%BCnsche-mir-eine-linke-volkspartei.html>.

³ Siehe <https://www.neues-deutschland.de/downloads/fairland.pdf>.

einem Diskussionsbeitrag neben anderen (nicht öffentlich zugänglichen) Papieren „aus dem engeren Kreis der künftigen Bewegung“⁴ erklärt und somit de facto zurückgezogen. Es handelt sich demnach nicht um ein verbindliches Grundsatzpapier.

Im Juli und August des Jahres verdichteten sich die Absichtserklärungen. In einem Gastbeitrag für die Welt unter der Überschrift „Warum wir eine neue Sammlungsbewegung brauchen“ meinte Wagenknecht, mit der letzten Bundestagswahl sei eine derart große Vertrauenslücke zwischen PolitikerInnen und Wählerschaft entstanden, „dass Wahlen zur Farce und demokratische Rechte substanzlos werden“. Ein kritischer Seitenhieb gilt der privilegierten Kernwählerschaft der Regierungsparteien: „Weltoffenheit, Antirassismus und Minderheitenschutz sind das Wohlfühl-Label, um rüde Umverteilung von unten nach oben zu kaschieren und ihren Nutznießern ein gutes Gewissen zu bereiten.“⁵

An anderer Stelle betonte Wagenknecht, es gehe „um ein gerechtes und friedliches Land. Wir wollen, dass die Menschen sich keine Politik mehr gefallen lassen, die sich gegen ihre Interessen richtet.“ Ziel der Sammlungsbewegung sei eine neue Regierung, die „endlich wieder für die Mehrheit der Bevölkerung Politik macht und nicht für die Wirtschaftslobbyisten“.⁶ Schließlich verkündete Wagenknecht Ende Juli in ihrem jede Woche versandten Newsletter „Neuigkeiten zur Sammlungsbewegung“. Dort heißt es: „Am 4. September starten wir offiziell.“⁷

⁴ Hagen, Kevin & Teevs, Christian. 2018. „Wagenknecht und Lafontaine: #fairLand als Motto für linke Sammlungsbewegung.“ *Spiegel Online*, 17. Mai 2018. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/linke-sammlungsbewegung-koennte-fairland-heissen-a-1208340.html>.

⁵ Wagenknecht, Sahra. 2018. „Gastbeitrag: Warum wir eine neue Sammlungsbewegung brauchen,“ *Die Welt*, 24. Juni 2018. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article178121522/Gastbeitrag-Warum-wir-eine-neue-Sammlungsbewegung-brauchen.html>.

⁶ Wagenknecht im Gespräch mit der Funke-Medien-

“... fertig, los!”

Mit der Freischaltung der (vorläufigen) Webseite am 4. August nahm das Vorhaben Fahrt auf und erlangte einen quasi-institutionellen Status. Die Webseite enthielt allerdings keine verbindliche Erklärung der Ziele der Bewegung, geschweige denn ausführlichere programmatische Aussagen. Stattdessen waren auf der Eingangsseite die Gesichter von insgesamt 18 Personen platziert. Jeweils mit Vornamen und einer Kurzbezeichnung (als Rentnerin, Kameramann, Pastor usw.) versehen, machen diese Personen auf einen Mausclick hin in kurzen Video-Clips ihre Probleme und Forderungen geltend. Bei vier Personen enthält bereits das Frontbild eine zusätzliche plakative Aussage: So meint die Redakteurin Marie: „Kein Kind sollte in Armut aufwachsen.“ Der Unternehmer Thomas findet „Managergehälter in Millionenhöhe ... zum Kotzen“.

Anhand solcher Aussagen lässt sich erschließen, mit welchen Personen und Inhalten sich #aufstehen identifiziert. Allerdings blieb offen, welche Schnittmengen zwischen den einzelnen Aussagen bestehen und vor allem, mit welchen politischen Maßnahmen auf die angesprochenen Probleme reagiert werden soll. Worauf es in erster Linie anzukommen scheint, verdeutlicht die dem Logo unmittelbar folgende Kopfzeile. In roter Schrift und Großbuchstaben ergeht die Aufforderung: WERDE TEIL DER BEWEGUNG!

Und schon in der nächsten Zeile, also vor den Clips zu einzelnen Personen, erhielt man im Falle eines Aufrufs per Computer (im Unterschied zum Aufruf per Smartphone) die Gelegenheit, sich mit Vornamen, Namen und email-Adresse einzutragen. Wer das tat, war fortan als Mitglied der

gruppe, zit. nach Zeit Online. 2018. „Oskar Lafontaine: 36.000 Anmeldungen für Sammlungsbewegung #aufstehen,“ 6. August 2018. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/oskar-lafontaine-sahra-wagenknecht-linke-sammelbewegung-aufstehen>.

⁷ Maier, Anja. 2018. „Linke Sammlungsbewegung: Wagenknecht startet demnächst durch.“ *Die Tageszeitung: taz*, 32 Juli 2018. <https://www.taz.de/!5520446/>.

Sammlungsbewegung – immerhin mit noch unbekanntem Programm! – registriert. Offensichtlich wurde nicht zwischen Interessenbekundung und Identifikation unterschieden, denn: „Jeder, der sich auf unserer Webseite registriert, wird damit Teil der Bewegung.“ (Wagenknecht)

Die mit der Webseite eingeschlagene Werbestrategie hat funktioniert. Binnen weniger Tage habe man, so Oskar Lafontaine, mehr als 50.000 Anmeldungen bekommen. Eine Gesinnungsprüfung gebe es nicht: "Aber wer sich bei uns anmeldet, muss sich zu unseren Zielen bekennen. Wenn einer vom Saulus zum Paulus wird, dann ist das ja gerade das Ziel der Bewegung." Man wolle eben auch diejenigen ansprechen, „die manchmal dann aus Protest auch die AfD gewählt haben“. Das Schleppnetz ist also weit gespannt. Eine erste Umfrage dazu klingt viel versprechend.⁸

In einem wenige Tage später präsentierten Plakat wird der Blick auf die graphisch herausgehobene Zahl von 85.000 Menschen gelenkt, die bei #aufstehen mitmachen. Darunter findet sich eine Liste mit Zahlen der Parteimitglieder von der AfD (31.000) bis zur Linkspartei (62.000), die somit bereits als überholt gelten können. Auch hier wird die Differenz zwischen Interessenbekundung für #aufstehen und regulärer Parteimitgliedschaft unterschlagen. Am Ende des Plakats heißt es vollmundig: „Das ist der größte Erfolg einer neuen Bewegung, seit es die Bundesrepublik gibt.“

Nach diesem furiosen Auftakt richtete sich das öffentliche Interesse auf den anstehenden Verkündungsakt, für den die Bundespressekonferenz auserkoren wurde. Die vierwöchige Phase zwischen Freischaltung der Webseite und Vorstellung der Initiative glich in mancher Hinsicht dem

Countdown zu einem Raketenstart. Zum 4. September, dem „offiziellen Start der Sammlungsbewegung“ (Wagenknecht), sollten der Gründungsauftritt in Berlin vorgestellt, die Ziele der Bewegung erläutert und die Namen von rund 40 „prominenten Gründungsmitgliedern“ verkündet werden. Die Medien waren vor allem daran interessiert, welche Prominente sich beteiligen würden und wer sich von der Initiative abgrenzt. Einige Personen, etwa die Abgeordneten Marco Bülow (SPD), Sevim Dağdelen (Die Linke) und Antje Vollmer (Die Grünen), konnten als bereits gebucht gelten. Etliche Spitzenpolitiker von SPD, Grünen und Linken waren schon in dieser Phase auf Distanz gegangen. Viele parteipolitisch nicht gebundene Linke hatten sich bedeckt gehalten oder haben, wie der Musiker und Sänger Konstantin Wecker, „nach reiflicher Überlegung“ erklärt, bei #aufstehen nicht mitmachen zu wollen.⁹

Noch vor dem Pressetermin auf 4. September war die Webseite mehrfach verändert und ergänzt worden. Die Bandbreite der BürgerInnen, die sich in kurzen Videoclips zu diversen Problemen äußerten, wurde erweitert. Wer sich nun in das Mitmach-Formular eintrug, sah sich mit weiteren Fragen konfrontiert (dazu später). Allerdings gab es noch immer keine Präzisierung der Bewegungsziele.

Am 4. September erfolgte nach monatelanger Vorbereitung der mit Spannung erwartete Pressauftritt mit Sahra Wagenknecht als zentraler Figur. Ganz am Anfang steht ihre Erfolgsmeldung. „Ich bin wirklich beeindruckt, wie viele Menschen sich gemeldet haben.“ Die aktuelle Liste mit „Stand von heute acht Uhr“ weise 101.741 Menschen aus, die sich der Initiative angeschlossen hätten. Diese Menschen bezeichnet Wagen-

⁸ Nach einer repräsentativen Umfrage von emnid im Auftrag des Magazins *Focus*, vorgestellt am 10. August 2018, könnten sich 34 Prozent der befragten BundesbürgerInnen „vorstellen, dass sie das linke Bündnis wählen würden“, wenn es bei Wahlen antreten würde (die exakte Formulierung der Frage ist nicht ausgewiesen: FOCUS Online. 2018. „Ein Drittel der Deutschen würde Wagenknechts Aufstehen-Bewegung wählen - Deutschland.“ 10. August 2018. <https://www.focus.de/politik/deutschland/>). Vor-

stellbar ist freilich vieles. Bekanntermaßen sagen Erhebungen auf der Basis hypothetischer Fragen wenig über das tatsächliche Verhalten aus.

⁹ Meisner, Matthias. 2018. „Konstantin Wecker gibt Wagenknecht einen Korb.“ *Der Tagesspiegel*, 9. August 2018. <https://www.tagesspiegel.de/politik/sammlungsbewegung-aufstehen-konstantin-wecker-gibt-wagenknecht-einen-korb/22897976.html>.

knecht als Gründungsmitglieder der neuen Bewegung „Aufstehen“. Angesichts dieser „überwältigenden“ Resonanz könne niemand behaupten, es handele sich um eine Gründung von oben. „Eine Bewegung, die mit 100 000 Menschen startet, die ist nicht von oben.“

Die inhaltliche Ausrichtung der Initiative war eher Nebensache, sind doch die Grundpositionen Wagenknechts hinreichend bekannt. Auch fügt der Gründungsaufruf dem vorausgegangenen *fairland*-Text im Kern nichts Neues hinzu, vermeidet aber immerhin die dort formulierte rechtsaffine Sorge um die „Wahrung kultureller Eigenständigkeit“ und den erwarteten „Respekt vor Tradition und Identität“. Der Gründungsaufruf, so heißt es einleitend, „ist die grundsätzliche Gesinnung der Bewegung.“ Das noch ausstehende Programm „werden wir gemeinsam mit unseren Anhängern erarbeiten.“¹⁰ Unter den neun herausgehobenen Zielen finden sich Forderungen wie „Exzellente Bildung für alle“, „Demokratie retten“ und „Sicherheit im Alltag“.

Dem möglichen Eindruck, die Initiative sei auf einen sehr kleinen Zirkel oder ganz auf das Duo Wagenknecht-Lafontaine zugeschnitten, soll mit einem exemplarischen Personaltableau begegnet werden. Auf dem Podium der Pressekonferenz sitzen neben Wagenknecht die SPD-Politikerin Simone Lange, Oberbürgermeisterin von Flensburg und, bundesweite Aufmerksamkeit erregend, Kandidatin für das Amt der Bundesvorsitzenden der SPD im April 2018; weiterhin Ludger Volmer, Ex-Parteivorsitzender der Grünen, phasenweise tätig als Staatsminister bei Joschka Fischer, allerdings seit 13 Jahren nicht mehr aktiv in der Politik; schließlich der Dramaturg und Autor Bernd Stegemann, der Vorsitzende des Trägervereins der Sammlungsbewegung. Als Mitstreiter aus Wagenknechts eigener Partei sind neben Oskar Lafontaine zwei ihrer Stellvertreter aus der Bundestagsfraktion präsent: Sevim Dağdelen und Fabio De Masi. Die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger hatten bereits in den Tagen und Wochen davor ihre Skepsis und Distanz zu der Initiative erkennen lassen. Dietmar

Bartsch, Ko-Vorsitzender der Bundestagsfraktion neben Wagenknecht, hatte sich weitgehend bedeckt gehalten, aber war offensichtlich nicht für einen Auftritt neben Wagenknecht zu gewinnen. Die Breite der Unterstützung sollte zudem eine Liste von Prominenten unterstreichen. Unter den 89 ErstunterzeichnerInnen, selbstredend mit Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine, finden sich die Autoren Christoph Hein und Ingo Schulze, der charismatische Theologe Eugen Drewermann, der ehemalige Vorsitzende der IG Druck und Papier Detlev Hensche, die Kabarettistin Lisa Fitz und der Soziologe Wolfgang Streeck. Letzterer gehörte neben Bernd Stegemann zu den ersten Personen, die Wagenknecht auf ihr Vorhaben angesprochen hatte. Mit diesen Prominenten, so Wagenknecht in der Pressekonferenz, sei der „Gründungsaufruf abgestimmt“ worden.

Nachfolgende Äußerungen, Ankündigungen und Aktionen

Die Pressekonferenz und nachfolgende Aktionen und Äußerungen der Initiative #aufstehen und namentlich ihrer Leitfigur Wagenknecht fanden ein außergewöhnlich großes Medieninteresse; sie zogen eine Fülle positiver wie auch kritischer Kommentare bis hin zu frontaler Ablehnung nach sich. Schnell wurde eine Diskrepanz sichtbar: einerseits die erstaunlich große Zahl von UnterstützerInnen und InteressentInnen, die primär über die Webseite rekrutiert werden; andererseits die kritische Kommentierung auf Seiten der meisten Medien, aber auch von mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Darauf soll im Teil 3 dieses Beitrags eingegangen werden.

Abgesehen von weiteren Interviews insbesondere von Sahra Wagenknecht ist die Webseite der Dreh- und Angelpunkt, um UnterstützerInnen zu gewinnen und, so die Hoffnung, mit ihnen in einen Dialog zu treten. Dem sollen in einer späteren Phase auch örtliche Zusammenkünfte dienen. Als Schöpfer des web-basierten Konzepts gilt der PR-Fachmann Hans Albers, der von den Möglichkeiten einer interaktiven Online-Kommunikation

¹⁰ Der Gründungsaufruf ist abrufbar unter <https://www.aufstehen.de/gruendungsaufruf/>.

überzeugt ist. Dies soll die aus den USA stammende und kommerziell angebotene Kampagnensoftware *Polis* gewährleisten. „Das Instrument“, so Albers, „bietet die Möglichkeit, eine breit geführte Debatte mit vielen, vielen Menschen ins Leben zu rufen.“ Und noch ambitionierter heißt es: „Wir machen Deutschland zu einem Parlament.“¹¹

Konkret gestaltet sich das Vorgehen so, dass NutzerInnen des Instruments Vorschläge bzw. Thesen in ein Kommentarfeld einspeisen. Dazu können dann InteressentInnen mit den Optionen ja, nein oder weiß nicht reagieren. Es handelt sich somit um ein durch offene Inputs angereichertes Umfrageinstrument, dessen Werte sich fortlaufend durch weitere Beteiligte ändern können. Von einer diskursiven Interaktion, also einem Austausch von Argumenten und Gegenargumenten, kann also, anders als bei Liquid Feedback, das von der Piratenpartei propagiert und genutzt wurde, keine Rede sein.

Im Falle von #aufstehen ist bislang noch wenig über die Erfahrungen mit *Polis* bekannt. Am Tag nach der Freischaltung der Plattform waren rund 150 Statements eingereicht worden, darunter Bekenntnisse wie „Die deutsche Einwanderungspolitik macht mir Angst“, die Behauptung „Parlamentarische Demokratie ist keine Demokratie“ und die Forderung „Kohlekraftwerke abschalten“. Zumindest in dieser Startphase wurden allerdings nicht die einzelnen Ergebnisse ausgewiesen, sondern lediglich die Zustimmungswerte zu den Statements sowie eine Karte, auf der die NutzerInnen entsprechend ihrer jeweiligen Antworten kategorisiert werden.

Die anfänglich minimalistische Abfrage beim „Mitmach-Formular“ erfuhr bald eine Erweiterung. Spätestens ab Oktober 2018 wurden neben Namen und email-Adresse zusätzliche Angaben erfasst, darunter Wohnort, beruflicher Status, Parteibindung, Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und Interessengebiete (z.B. „Sichere Ar-

beitsplätze und höhere Löhne“ und „Globale Gerechtigkeit“). Am Ende des Formulars steht ein roter Button mit der Aufforderung „Absenden & mitmachen“, der allerdings mit der darüber liegenden Antwortmöglichkeit „Nein, ich möchte nicht mitmachen...“ kollidiert.

Aufgrund solcher Angaben wurden erste und nur sehr selektive Ergebnisse zu den MitmacherInnen vorgestellt. Allerdings sind die spezifischen Vorhaben und vor allem die internen Strukturen von #aufstehen bis heute undeutlich geblieben. Es gab bislang nur wenige konkrete Vorstöße und Positionsmeldungen mit Blick auf aktuelle Streitfragen.

Auch im aktuellen Protestgeschehen ist #aufstehen noch kaum präsent. Relativ unbeachtet blieb beispielsweise eine kleine Anzeige von #aufstehen, in der am 29. September 2018 zu einer Demonstration am Folgetag (!) in Berlin mit folgendem Appell aufgerufen wird: „Schluss mit GroKo-Irrsinn und Mauschelei. Aufstehen für eine soziale Politik, eine gesunde Umwelt und Frieden.“ Der Aufruf zur Veranstaltung, die von den InitiatorInnen auch als „Kennenlernkundgebung“ bezeichnet wurde, stieß auf magere Resonanz. Presseberichten zufolge hatten sich lediglich 150 bis 200 Personen am Platz der Luftbrücke eingefunden.

Ein weitaus größeres Medienecho fand dagegen Sahra Wagenknecht, die zunehmend mit #aufstehen assoziiert wird, mit ihrer Position zur Berliner Großdemonstration am 13. Oktober (#unteilbar), die sich primär gegen Rassismus richtete. Zur Überraschung der Organisatoren beteiligten sich nicht wie erwartet 40.000, sondern 242.000 Menschen (Angabe der Organisatoren). Wagenknecht war im Vorfeld zu dieser auch von der Linkspartei unterstützten Demonstration auf Distanz gegangen mit dem Hinweis, die Organisatoren würden die unverantwortliche Forderung nach „offenen Grenzen für alle“ erheben. Sie werde deshalb der Demonstration fernbleiben, wemgleich sie davon ausgehe, dass ein gewisser

¹¹ Schulze, Tobias. 2018. „Mitgliederbeteiligung bei #aufstehen: Ja, nein, vielleicht.“ *Die Tageszeitung: taz*, 5. September 2018. <https://www.taz.de/!5533-637/>.

Teil der Anhänger von #aufstehen durchaus dabei sein werde.¹²

Mit dieser Kritik, die am Wortlaut des von Hunderten von Organisationen unterstützten Aufrufs vorbeigeht und allenfalls die Position relativ weniger und eher marginaler Unterstützerguppen wiedergibt, stieß Wagenknecht weithin auf Unverständnis.¹³ Ihre Haltung wurde als spalterisch und dem Vorhaben einer linken Sammlungsbewegung abträglich wahrgenommen, während das Bündnis #unteilbar eine Breite verkörperte, die in der bisherigen Demonstrationsgeschichte der Bundesrepublik wohl noch nie erreicht worden war. Im Nachgang verteidigte Wagenknecht ihre Haltung in einem Brief an die Fraktionsmitglieder im Bundestag mit dem Hinweis, verschiedene Parteifreunde hätten dankbar die Kampagne gegen ihre Person aufgegriffen, um dann nochmals den Wortlaut ihrer Erklärung zur „unteilbar“-Demonstration zu zitieren.¹⁴

Unabhängig von dieser Positionsmeldung Wagenknechts und darauf bezogenen Kommentaren ist festzuhalten, dass die Initiative #aufstehen bisher keinen organisationsübergreifenden Netzwerkcharakter besitzt. Weder scheint es dem Gründungsakt vorausgehende Kontaktversuche oder gar Kooperationsangebote von #aufstehen gegeben zu haben (meine entsprechende Frage in

einer Diskussionsveranstaltung, bezogen auf das Kampagnennetzwerk compact.de, hat Sahra Wagenknecht unbeantwortet gelassen¹⁵), noch scheinen etablierte Bewegungsorganisationen, aus welchen Gründen auch immer, bis zu diesem Zeitpunkt auf Sahra Wagenknecht zugegangen zu sein.

Die Initiative im größeren historischen und politischen Zusammenhang

In politischen Diskussionen wird häufig davon ausgegangen, die Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen und ihnen in ihrer Zielsetzung nahestehenden politischen Parteien sei im Prinzip unproblematisch. Als natürliche Verbündete könnten sie sich in einer Art von Arbeitsteilung wechselseitig stützen, wie es die im Gründungsstadium der Grünen verbreiteten Metaphern vom außerparlamentarischen Standbein und parlamentarischen Spielbein oder den beiden Flügeln, die in die Höhe tragen, nahelegten (Vgl. Siegert, Ulrich, Hirsch 1986; Mettke 1982). Zudem gebe es die Möglichkeit, sich als Zwitter in Form einer Bewegungspartei zu etablieren. Optimismus wird auch dadurch genährt, dass auf aktuelle

¹² In einer Diskussionsveranstaltung in Berlin, bei der Wagenknecht nach ihrer Haltung zu anstehenden Demonstration von #unteilbar gefragt wurde, meinte die Angesprochene: „Wir sind formal nicht dabei.“ Es sei „absolut richtig, wenn viele Leute gegen Rassismus und Rechtsentwicklung auf die Straße gehen.“ Doch sehe sie in dem Aufruf eine Tendenz, bei der eine bestimmte Position, nämlich „offene Grenzen für alle“, schon wieder als „die bestimmende Position dargestellt wird“. Ganz auf der Linie ihrer früheren Kritik des pro-migrantischen sozialen Milieus fügte sie hinzu: „Es ist ein bestimmtes Milieu, was dort demonstriert und es ist ein anderes, was man dort nicht finden wird.“ Nach einer Gegenrede, in der die Notwendigkeit betont wurde, Linke müssten bei der anstehenden Demonstration „möglichst massenweise auf die Straße gehen“, meinte Wagenknecht: „Wenn wir über ‚offene Grenzen‘ für alle reden, ist das eine Forderung, die die meisten Menschen als irreal und völlig weltfremd empfinden und damit ja auch recht haben.“ Dies sei kein Weg, um die Welt besser zu machen (Zitate aus Der Tagesspiegel, 11. Oktober 2018). In

einem ersten Entwurf von #unteilbar waren „offene Grenzen“ (ohne den unterstellten Zusatz „für alle“) gefordert worden. Im finalen Aufruf dagegen heißt es: „Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden.“ Zudem lauten Kernsätze: „Solidarität kennt keine Grenzen“ und „Für das Recht auf Schutz und Asyl – gegen die Abschottung Europas.“

¹³ Beifall gab es von der Gegenseite. So sah Alexander Gauland in diesen Zusammenhang Wagenknecht als „eine mutige Stimme der Vernunft“ und wiederholte die falsche Behauptung, „offene Grenzen für alle“ sei „die zentrale Position der linken ‚unteilbar‘-Demonstration“. Siehe <https://www.presseportal.de/pm/130241/4083819>

¹⁴ Die tageszeitung vom 16. Oktober 2018.

¹⁵ Siehe <https://www.wzb.eu/de/veranstaltungen/aufstehen-die-chancen-einer-linken-sammlungsbewegung-in-deutschland>.

Beispiele erfolgreicher Sammlungsbewegungen oder Sammlungsparteien verwiesen wird. Warum also sollte es nicht mit #aufstehen klappen? Diese Sichtweisen greifen allerdings zu kurz, wie nachfolgend zu zeigen ist.

Bewegung, Parteien und Bewegungsparteien¹⁶

Die Ausrufung einer „Sammlungsbewegung“ markiert eine Differenz zum Organisationsprinzip der Partei. Funktional gesehen sind Parteien Apparate zum Machterwerb qua Besetzung von Ämtern auf der Basis von Wählerstimmen. Ihr durch ein Nullsummenspiel begründetes Konkurrenzverhältnis bedingt u.a., dass sich eine Partei nur auf Kosten anderer Parteien profilieren kann. Eine Mitgliedschaft in mehreren Parteien ist ausgeschlossen (eine Ausnahme davon ist *La République en Marche* in Frankreich). Als größere Einheiten und über längere Zeit hinweg entwickeln Parteien hierarchische Strukturen. Auch deshalb verliert die Form der Partei seit Jahrzehnten an Attraktivität.

Im Unterschied dazu sind soziale Bewegungen lose Netzwerke von Individuen und Organisationen (darunter möglicherweise auch Parteien), die nicht direkt auf Machterwerb ausgerichtet sind, sondern vielmehr im „Modus der Belagerung“ agieren. Die von ihnen ausgeübte kommunikative Macht „wirkt auf die Prämissen der Entscheidungsfindung ohne Eroberungsabsicht ein“ (Habermas 1992, 626). Bewegungen haben Anhänger und Unterstützer, kennen aber als Ganze, anders als manche Bewegungsorganisationen, weder eine formelle Mitgliedschaft noch eine verbindlich geregelte interne Arbeitsteilung. Bewegungen sind von institutionellen Zwängen und Rücksichtnahmen weitgehend entbunden. Sie bieten typischerweise viel Raum für Autonomie und Selbstentfaltung, was insbesondere jüngere und von demokratischen Idealen beseelte Menschen anspricht. Hinzu kommt der überwiegend positive Assoziationsgehalt des Bewegungsbegriffs; er suggeriert Dynamik, Kraft und Vorwärtstreben, was manche Parteien dazu veranlasst,

sich als Bewegungen zu titulieren. Die Offenheit und Flexibilität von Bewegungen birgt aber auch unklare Verantwortlichkeiten und eine schwer vorhersehbare Entwicklungsdynamik. Das zieht gelegentlich so genannte „Bewegungsunternehmer“ an. Als charismatische Figuren auf der Bühne oder als clevere Organisatoren bzw. kühle Strategen im Hintergrund suchen sie die Dinge in ihrem Sinne zu lenken, brauchen aber den Zustrom und Zuspruch einer möglichst breiten und möglichst euphorisierten Anhängerschaft.

Im Unterschied zu Parteien werden Bewegungen nicht in einem singulären und formellen Akt „gegründet“. Vielmehr erwachsen sie mehr oder weniger organisch aus einem Konglomerat von politisch und ideologisch verwandten Gruppierungen, die sich als eine lockere Formation auf eine grobe Zielrichtung verständigen, ohne dass die einzelnen Teile ihre Autonomie preisgeben würden. Wenn allerdings eine einzelne Organisation volle Kontrolle über alle Spektren und Gruppen erlangt, sich das Gefüge als Ganzes formalisiert und eine hierarchische Spitze und Repräsentanz ausbildet (wie es z.B. auf die NSDAP spätestens ab 1933 zutraf), dann markiert dies das Ende als Bewegung, selbst wenn die Selbstbezeichnung als Bewegung weiterhin genutzt werden mag.

Bewegungen und Parteien sind allerdings nicht getrennte Welten. Neben der bereits erwähnten Einbettung einer regulären Partei in eine breitere Bewegung besteht die Möglichkeit, dass aus einer Bewegung eine reguläre Partei erwächst, sich aber dann von ihrem Nährboden abkoppelt. Eine andere Möglichkeit ist die Formierung als Bewegungspartei. Als solche weist sie (noch) Merkmale einer Bewegung auf, hat sich aber bereits formalisiert und auf den Imperativ der Maximierung von Wählerstimmen hin ausgerichtet. Dieses Zwitterdasein lässt sich phasenweise aufrechterhalten, aber kaum auf Dauer stellen (vgl. Rucht 1987). Die Belege dafür sind zahlreich, angefangen von der populistischen *People's Party* in den USA über die mexikanische „Partei der institutionalisierten Revolution“ bis hin zu den Grünen in Deutschland und anderswo.

¹⁶ Die Ausführungen zu diesem Abschnitt wurden bereits publiziert in Rucht (2018).

In dem Maße wie sich eine Bewegungspartei verfestigt, sich auf den Konkurrenzkampf mit anderen Parteien einlässt und im Falle des (relativen) Erfolgs dem formellen wie informellen parlamentarischen Regelwerk unterwirft, verdrängt sie die eher spontanen, informellen und zuweilen auch anarchischen Züge, die eine Bewegung auszeichnen. Dann treten Bewegung und Partei aufgrund ihrer je spezifischen Funktionslogiken auseinander, selbst wenn sie in ihrer allgemeinen Zielrichtung übereinstimmen. Nicht ausgeschlossen sind jedoch sachlich wie zeitlich begrenzte Allianzen. Nicht ausgeschlossen ist auch, dass die vormalige Bewegungspartei durch BewegungsanhängerInnen eine punktuelle Unterstützung (etwa im Wahlakt) zumal dann erfährt, wenn sie die Rhetorik des Aufbruchs und Bewegtseins weiterhin pflegt. Im Kern aber hat sich die Partei von ihren ursprünglichen Intentionen verabschiedet. Sie ist primär an ihrer Selbsterhaltung interessiert und der „oligarchischen Krankheit“ verfallen, wie es Robert Michels bereits im Jahr 1911 für die deutsche Sozialdemokratie diagnostiziert hat. „So wird die *Organisation* aus einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck ... Als oberstes Gesetz der Partei bildet sich die Tendenz, alles fernzuhalten, was in die Speichen ihres Räderwerks eingreifen und ihre äußere Form, die *Organisation*, bedrohen könnte.“ (Michels 1989, 348)

Führerschaft und politisches Unternehmertum

Verantwortlichkeiten und damit auch Führungsrollen sind in Parteien formell kraft Satzungen und darauf beruhenden internen Wahlen bzw. Ernennungen klar geregelt. Entsprechend sind die meisten Leitungsfunktionen auf allen Ebenen an Amtszeiten gekoppelt, was einen geregelten Austausch des Führungspersonals ermöglicht. Daneben kann es in Parteien auch informelle Führungsrollen geben, wenn etwa Vertretern eines Flügels oder einer Strömung innerhalb der Partei de facto die Funktion als Sprecher bzw. Strategen zuerkannt wird. Formelle Führungsrollen legitimieren die organisationsinterne Ausübung von Macht; sie begründen darüber hinaus für die jeweilige Amtsdauer Ansprüche auf Gefolgschaft. Wer sich gegen eine bestehende Führung als sol-

che auflehnt, kann diese am Ende nur durch parteiinterne Wahl oder, eher außergewöhnlich, durch eine Art von Machtstreich ersetzen.

In Bewegungen kristallisieren sich Führungsrollen dagegen ausschließlich auf informellen Wegen heraus. Die Art und Weise, wie solche Rollen erlangt werden, kann sich von Bewegung zu Bewegung erheblich unterscheiden. Zuweilen kommt Personen bzw. Personengruppen eine Führungsrolle kraft der Intensität ihres Engagements und/oder besonderer Qualitäten als Organisatoren, Strategen, Vermittlern, Rednern, Theoretikern, Ideologen usw. zu. Hochgradig variabel sind auch die Struktur und Ausgestaltung der Führungsrollen. Im einen Extrem verdichtet sich die Führungsfunktion auf eine einzelne Person mit großer Ausstrahlung und Überzeugungskraft, die in charismatischen Eigenschaften gipfeln kann. Beispiele dafür gibt es sowohl im Lager eher progressiv-demokratischer als auch – und hier deutlich häufiger – konservativer bzw. autoritär ausgerichteter Bewegungen. Im anderen Extremfall sind Führungsrollen auf viele und oft autonom agierende Köpfe bzw. Zirkel entsprechend regionaler, funktionsspezifischer oder politisch-ideologischer Gesichtspunkte verteilt und nur für Insider als solche erkennbar. Aus der Außenperspektive handelt es sich dann um eine quasi führungslose, dezentral agierende Bewegung, die dem normativen Ideal einer Graswurzelbewegung nahekommen kann. Möglich ist aber auch eine Konstellation von zwei oder mehr deutlich abgegrenzten Führungszirkeln, die zueinander in Konkurrenz stehen.

Diese strukturellen Unterschiede zwischen Führungsrollen in Parteien und sozialen Bewegungen verdeutlichen die Schwierigkeit, eine soziale Bewegung wie eine Partei führen zu wollen, also zum Beispiel Ansprüche auf eine exklusive Sprecherrolle oder auf Wohlverhalten der Gefolgschaft bzw. Basis zu erheben. Professionelle ParteipolitikerInnen sind damit stärker als FührerInnen in Bewegungen auf Strategien des internen Machterwerbs ausgerichtet. Anders als in Bewegungen beruht dieser Machterwerb primär auf der Erringung eines Amtes – häufig in potentieller oder faktischer Konkurrenz zu ähnlich ambitionierten Parteifreunden. Mit der Amtsübernahme verbunden sind institutionell abgesicherte Kom-

petenzen; sie ermöglichen die Verfügung über organisatorische Ressourcen und einen Apparat, damit auch Durchgriffsmacht. In Bewegungen dagegen vollzieht sich der Machterwerb und Machtverlust relativ langsam. Die Folgebereitschaft der Anhänger ist prinzipiell prekär; sie muss durch fortlaufende Überzeugungsarbeit gesichert werden. Es gibt, anders als in Parteien, kaum eine Belohnung von Loyalität durch die Vergabe von Posten.

Neuere Anläufe zu Sammlungsbewegungen im In- und Ausland

Die Versuche, innerhalb des linken politischen Lagers bestimmte politische Strömungen gegen andere zu profilieren und, korrespondierend dazu, Strömungen wieder zusammenzuführen, sind Legion. So könnte die Geschichte sozialistischer Bewegungen auch als eine Geschichte von Spaltungen und Einigungsversuchen geschrieben werden. Dies gilt gleichermaßen für linke Parteien wie für linke Bewegungen (aber auch das rechte Spektrum). Rufe nach Sammlung und Einigung sind Indikatoren für eine Ausgangssituation der Zerstrittenheit oder zumindest der Zersplitterung, die als politische Schwäche gedeutet wird. Dies gilt es durch ein Zusammenrücken der einzelnen Kräfte zu überwinden. Nicht immer sind jedoch solche Versuche von dem echten Willen getragen, eine Einigung im Sinne einer übergreifenden Zielsetzung und Strategie durch Zugeständnisse und Kompromisse zu erzielen. Zuweilen sind es auch Vorhaben einzelner Personen oder Gruppen, um im Namen einer übergreifenden Idee faktisch eine hegemoniale Stellung für die eigene politisch-ideologische Linie zu erringen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Sammlungsbewegung #aufstehen zu sehen, wobei vorerst offenbleibt, welche der beiden Intentionen am ehesten zutrifft.

Anläufe in Richtung einer Sammlungsbewegung bestehen zuweilen aus Aufrufen einer randständigen Gruppe innerhalb eines größeren Netzwerks, die folgenlos verhallen. Initiativen zu einer Sammlungsbewegung können aber auch den Nerv der Zeit treffen und tatsächlich zu einem – zumindest auf organisatorischer Ebene – sichtbaren Erfolg, also einer Allianz oder gar Verschmelzung von zuvor eher disparaten Gruppen, führen.

Üblicherweise dienen solche Fälle als Referenzpunkt und Vorbild, um zu zeigen, dass es klappen kann.

In jüngerer Zeit gab es im Ausland wie im Inland einige Vorstöße in Richtung einer Sammlung politischer Kräfte, sei es auf der Ebene der Parteipolitik, sei es auf der Ebene von Bewegungen. Insbesondere rechts- und linkspopulistische Gruppierungen haben aufgrund ihrer Betonung der gemeinsamen Interessen und Werthaltungen des „Volkes“ bzw. der Klasse der Lohnabhängigen eine Affinität zu Sammlungsbewegungen, die sich gegen herrschende politische, ökonomische und/oder kulturelle Eliten richten. Während auf der rechten Seite dabei eher zustimmend auf den Populismusbegriff rekurriert wird, ist die linke Seite in dieser Hinsicht eher gespalten. Die einen, etwa die in London tätige Sozialwissenschaftlerin Chantal Mouffe, treten offensiv für einen Linkspopulismus ein (siehe Mouffe 2018; siehe auch Laclau 2005); die anderen, zum Beispiel Albrecht von Lucke, sehen darin eher eine fragwürdige Vereinfachung der real bestehenden gesellschaftlichen Interessen und Konfliktlinien, welche sich nicht mehr in einem Zwei-Klassen-Modell abbilden ließen (siehe von Lucke 2015).

Als jüngere Beispiele *parteilichter* Vorstöße jenseits des rechten Spektrums sind die Parteigründungen von *Syriza* in Griechenland, *La République en Marche* (Macron) und *La France insoumise* (Mélenchon) in Frankreich sowie *Podem* in Spanien zu nennen. Alle diese Fälle, obwohl stark auf Führungspersonen mit Ausstrahlung zugeschnitten und nur denkbar vor dem Hintergrund ausgelaugter vormaliger Regierungsparteien, sind sehr unterschiedlich gelagert. In Griechenland waren entscheidende Faktoren die Fragmentierung im linken Lager und der starke Außendruck von Seiten der EU und des IWF; in Frankreich war es der Niedergang der kommunistischen Partei und dann nachfolgend der sozialistischen Partei; in Spanien war es das Aufkommen der relativ starken *Indignados*-Bewegung, die, zumindest in Teilen, einen wahlpolitischen Effekt und eine entsprechend parteilichtische Repräsentanz suchte. Das lässt sich hier nicht im Einzelnen diskutieren. Jedenfalls vertrete ich die These, dass alle diese Fälle jeweils eine günstige Konstellation für neue Parteien aufwiesen, die in Deutschland so nicht gegeben ist.

Ein weiterer Versuch einer linken, letztlich auf Wahlen zielenden Sammlungsbewegung unter dem Kürzel DiEM25 (*Democracy in Europe Movement 2025*) geht auf die Initiative des ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis zurück. Das Vorhaben ist zugleich proeuropäisch und gegen das politische Establishment gerichtet und, wie bereits der Name signalisiert, europaweit geplant.¹⁷ Sein angestrebter Status war zunächst undeutlich. Sollte es ein eher netzwerkförmiger Zusammenschluss von nationalen und regionalen Initiativen oder vielmehr eine reguläre Partei werden? Auch die Bewegung DiEM25 wurde durch einen öffentlichen Akt¹⁸ ausgerufen, wobei, ebenso wie im Falle von #aufstehen, eine Zentrierung auf eine einzelne Person zu erkennen war. Zumindest den Intentionen zufolge handelt es sich jedoch um ein basisorientiertes Projekt, das sich auf den wechselseitigen Austausch kleiner und regionaler Gruppen stützen soll.¹⁹ Nach der ersten Aufmerksamkeitswelle in der Gründungsphase war es allerdings um die Initiative ziemlich still geworden. Katja Kipping, die das Vorhaben zunächst unterstützte, hat das Netzwerk im Sommer 2017 verlassen, nachdem erkennbar wurde, dass es eine eigenständige Wahlbeteiligung angestrebt wurde. Inzwischen konkretisieren sich entsprechende Pläne. Varoufakis will als Spitzenkandidat des deutschen Zweiges („Wahlflügels“) von DiEM25 zur Europawahl im Mai 2019 antreten, was allerdings noch einer Bestätigung durch eine anstehende Mitgliederversammlung bedarf.²⁰

¹⁷ Dem internationalen Koordinierungskollektiv gehört auf deutscher Seite Thomas Seibert an, der auch Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne ist. Seibert umreißt die Ausrichtung der Initiative wie folgt: „DiEM versucht, eine realpolitische progressive Programmatik für Europa zu entwerfen.“ Dies soll in Verbindung mit einer Demokratisierung der politischen Institutionen erfolgen, die in einer für Ende 2025 vorgesehenen verfassungsgebenden Versammlung Gestalt annehmen soll. Siehe Hecht, Patricia. 2017. „Ein Jahr Varoufakis‘ DiEM-Bewegung: Die Macht der Ideen.“ *Die Tageszeitung: taz*, 9. Februar 2017. <https://www.taz.de/-/15378153/>.

¹⁸ Die erste öffentliche Präsentation von DiEM25 fand am 9. Februar 2016 in der Berliner Volksbühne statt. Kurioserweise wurde den Interessenten an

Wie in vielen anderen Ländern ist auch in Deutschland die Sehnsucht nach einer Annäherung oder gar engen Allianz linker parteipolitischer Kräfte groß, zumal sich neben der einstigen linken Volkspartei SPD zunächst die Grünen und dann die in mehreren Häutungen entstandene Linkspartei als Konkurrenten, aber nicht als Verbündete etabliert haben. Obgleich über eine rechnerische Mehrheit im Bundestag in zwei zurückliegenden Legislaturperioden verfügend (nämlich von 2005-2009 und 2013-2017), erwiesen sich die drei linken Parteien im Kern als unwillig bzw. unfähig zu einer wirklichen Zusammenarbeit. Um die Überwindung dieses Zustandes vorzubereiten, wurde bereits im Januar 2010 unter dem Zusammenwirken von Mitgliedern aller drei Parteien das *Institut Solidarische Moderne* gegründet. Bislang hat es allerdings keine Breitenwirkung entfalten können, zumal das Spitzenpersonal aller drei Parteien, mit der bemerkenswerten Ausnahme von Katja Kipping, auf Distanz geblieben war. Es ist hervorzuheben, dass angesichts der sich bereits verdichtenden Forderungen nach einer Sammlungsbewegung bzw. Sammlungspartei mit den Zentralpersonen Lafontaine und Wagenknecht das Institut schon im Januar 2018 eine äußerst kritische, aber öffentlich kaum beachtete Stellungnahme abgegeben hatte.²¹

Der Vollständigkeit halber seien hier auch die von Deutschland ausgehenden proeuropäischen, aber ansonsten politisch konturlosen Initiativen

der Veranstaltung ein Eintrittsgeld von 12 Euro abverlangt. Dies, in Verbindung mit dem sonstigen Charakter der Veranstaltung, deutete manchen Kritikern zufolge auf ein elitäres, von oben eingeleitetes Projekt, das dem Charakter einer Bewegung widerspräche.

¹⁹ Daran zweifeln manche, siehe z.B. Adamik, Philipp. 2016. „DiEM25 muss sich selbst demokratisieren.“ *Der Freitag*, 16. März 2016. <https://www.freitag.de/autoren/philipp-adamik/diem25-muss-sich-selbst-demokratisieren-oder>.

²⁰ Vgl. *Die Tageszeitung: taz*, 20. November 2018.

²¹ Siehe <https://www.solidarische-moderne.de/de/-/article/513.institut-solidarische-moderne-stellt-sich-gegen-wagenknecht-und-lafontaine.html>

von *Pulse of Europe* sowie die Gründung der basisdemokratisch ausgerichteten Partei namens „Demokratie in Bewegung“ angeführt. Beide Unterfangen, die von einem politisch weitgehend unerfahrenen, teilweise auch naiven Personal ins Leben gerufen wurden, sind bedeutungslos geblieben. Für „Demokratie in Bewegung“ (0,1 Prozent der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017) mag dies auch ein Grund gewesen sein, sich in Deutschland mit DiEM25 zu verbünden. Ein weiterer und noch ganz frischer Vorstoß zur Bildung einer allerdings thematisch eng gefassten Bürgerbewegung ging von dem Finanzexperten Gerhard Schick von den Grünen aus. Er initiierte den im September 2018 gegründeten Verein Bürgerbewegung Finanzwende. Allerdings verbindet sich damit keinerlei Ambition, daraus eine parteipolitische Kraft zu machen. Vielmehr soll primär durch überparteiliche und außerparlamentarische Aktivitäten Druck auf die Parlamente ausgeübt werden, um die Finanzmärkte zu regulieren, denn, so Schick: „...nur aus dem Parlament heraus wird es nicht gelingen, der Finanzbranche entgegen zu treten, für eine Finanzwende braucht es dringend gesellschaftliche Unterstützung“.²²

Für alle der zuletzt genannten Initiativen spielt ungeachtet ihrer konkreten Form – als Netzwerk, Partei oder Verein – der Gedanke einer bewegungsförmigen Struktur eine wichtige Rolle, wobei es deutliche Unterschiede zwischen diesen Gruppierungen gibt. Während die einen das Wort Bewegung lediglich als rhetorisches Beiwerk nutzen, um Kraft, Dynamik und Vorwärtsstreben zu suggerieren, sind die anderen zumindest bemüht, eine für Bewegungen charakteristische offene, netzwerkartige Struktur, teilweise auch in Verbindung mit dezidiert basisdemokratischen Ansprüchen, zu realisieren.

Problem des Avantgarde-Modells und des politischen Unternehmertums

Ein Grundproblem für alle sich demokratisch verstehenden oder gebenden Gruppierungen ist das

Spannungsverhältnis zwischen einer faktisch bestehenden bzw. zu bildenden Führungselite einerseits und einer Ausrichtung an den Erwartungen und Befindlichkeiten der Basis andererseits – eine Spannung, die mit Blick auf gewerkschaftliche Organisationen als Diskrepanz zwischen Einflusslogik und Mitgliedschaftslogik bezeichnet wurde (vgl. Schmitter & Streeck 1981). In manchen Konzeptionen, so der Leninschen Idee der politischen Avantgarde, wird diese Diskrepanz zugunsten der unbedingten Führungsrolle politischer Kader eingegeben. Nur durch eine starke, entschlossene und in ihrem Tun vorausseilende Führung sei strategisches Handeln im politischen Kampf zu gewährleisten. Die diametral entgegen gesetzte Konzeption setzt auf das Wirken vieler Gleichberechtigter, auf Graswurzeldemokratie, auf *multitude* (vgl. Hardt & Negri 2004), auf „Vielfalt statt Einfalt“, auf die potenzielle Wirkmacht der 99 Prozent, auf welche sich die Occupy-Bewegung bezog und dabei jede Form von Repräsentation radikal ablehnte. Zwischen diesen beiden Polen sind viele Varianten möglich. Vor allem in größeren und organisatorisch komplexen Bewegungen ist Raum für unterschiedliche Antworten auf das Problem von Einfluss- und Mitgliedschaftslogik.

Mag es in Ausnahmesituationen kurzlebige Fälle von quasi führerlosen, sich selbst steuernden Bewegungsaktivitäten geben, so sind doch im Allgemeinen Führungsrollen erkennbar, angefangen von der Ebene kleiner und informeller Lokalgruppen bis hin zu ressourcenstarken und teilweise auf internationaler Ebene tätigen Großorganisationen und deren Bündnissen. Teilweise werden diese Rollen durch einen ausgeprägten informellen und legeren Kommunikationsstil heruntergespielt; teilweise wird ihnen Trägern auch Applaus oder sogar Bewunderung zuteil. Letzteres ist in heutigen Zeiten mehr in rechten als in linken Gruppierungen anzutreffen.

Nicht ganz deckungsgleich mit der vor allem im deutschen Kontext schon begrifflich anstößigen Figur eines „Führers“ ist der Begriff des poli-

²² Interview in der Wochenzeitung *Kontext*, 22. September 2018.

tischen Unternehmers und, spezieller, des *movement entrepreneur*, also des Bewegungsunternehmers, wie er zuerst in der US-amerikanischen Bewegungsforschung identifiziert wurde. Dem liegt die pragmatische Haltung und kühle Beobachtung der sog. Ressourcenmobilisierungstheorie zugrunde. Sie besagt im Kern, dass Bewegungen nicht einfach aufgrund realer Probleme zwangsläufig entstehen, sondern dass sie einer Ressourcenbeschaffung vor allem im Rahmen von Bewegungsorganisationen bedürfen, um überhaupt Wirksamkeit entfalten zu können. Bewegungsunternehmer sind jedoch nicht notwendig herausgehobene FührerInnen. Sie können auch, von außen eher unsichtbar, im Hintergrund wirken, Ideen einspeisen, Strategien entwickeln, Organisationen aufbauen und umgestalten, in internen Konflikten moderieren und schlichten usw. In diesem Sinne gibt es auch sehr wirksame, aber in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekanntere Bewegungsunternehmer wie den schon vor längerer Zeit verstorbenen Klaus Vack oder Uwe Hirsch von den Naturfreunden.

Mit dem Begriff des Unternehmers wird dabei die Zweckrationalität ihres Tuns innerhalb eines zuweilen von Konkurrenz geprägten internen wie externen Aktionsfeldes unterstellt. Als Unternehmer tätigen sie Investitionen in Erwartung einer späteren Rendite; diese kann bestehen in organisatorische Stärke, informellem Einfluss, politisch-ideologischem Profil oder gar Hegemonie, zuweilen auch im Nebeneffekt in einem persönlichen Karrieresprung.

Im Rahmen von größeren und komplexen sozialen Bewegungen ist es eher unwahrscheinlich, dass eine einzelne Person all die erforderlichen Führungsfunktionen auf sich vereinigt (Rucht 2012). Zuweilen werden solche Omnipotenzen auf eine Figur wie Che Guevara oder Nelson Mandela projiziert. Doch bei näherer Sicht verteilen sich spezifische Führungsaufgaben auf jeweils unterschiedliche Köpfe bzw. kleine Zirkel. Insofern ist es aus funktionalen Gründen, ganz zu schweigen von normativen Demokratievorstellungen, problematisch, wenn sich eine einzelne Person anmaßt oder ihr von anderen – seien es glühende Anhänger oder qua medialer Zuschreibung – angetragen wird, in einem generalisierten Sinne als „die“ Führungsperson einer Bewegung aufzutreten. Dieses Bedenken richtet sich auch auf die

Rolle Wagenknechts bei #aufstehen.

Politische Einschätzung und Perspektiven von #aufstehen

Vor dem Hintergrund dieser eher ins Grundsätzliche gehenden Überlegungen soll nun die Sammlungsbewegung #aufstehen hinsichtlich ihrer Angemessenheit, vor allem aber auch hinsichtlich ihrer Entwicklungsperspektiven eingeschätzt werden. Hierbei spreche ich in einer durchaus problematischen Verquickung meiner sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen als Bewegungsforscher mit meiner politischen Haltung.

Die Sehnsucht nach einer starken Linken ist verständlich und in der Linken weit verbreitet. Wie sonst sollten ihre Grundwerte und konkreten politischen Ziele umgesetzt werden? Allerdings gibt es auf dem Weg dahin nicht nur unterschiedliche strategische Präferenzen mit den Polen von Revolution und Reform, sondern auch unterschiedliche organisatorische Konzepte. Einerseits kann man von einer straff geführten Einheitsorganisation träumen, die womöglich in einer ideologischen Engführung auf die einzig „wahre Lehre“ ausgerichtet wird. Eine solche Linke ist in meinen Augen weder realistisch noch wünschenswert. Dagegen plädiere ich für eine unorthodoxe Linke, die sich in ihren Grundwerten einig weiß, die internen wie externen Pluralismus und Streit akzeptiert und dabei solidarisch und respektvoll kommuniziert und agiert, die in Richtung eines radikalen Reformismus (vgl. dazu Roth 2018) tendiert. Dies sind zugegebenermaßen ebenso hehre wie in dieser Allgemeinheit ziemlich inhaltsleere Vorgaben.

Die Stärken von #aufstehen

Schon seit Jahren befürworten nennenswerte Teile der Linken in Deutschland wechselseitige Annäherungen innerhalb des eigenen Lagers. Verstärkt wurde dieser Impuls durch das Ergebnis der Bundestagswahl von 2017, mit der die rechnerische linke Mehrheit verloren ging. Auch konnte die Linkspartei mit der Spitzenkandidatin Wagenknecht lediglich mit einem minimalen Zuwachs (mit 9,2 % gegenüber 8,6 % im Jahr 2013)

verbuchen. Zumindest auf parteipolitischer Ebene sind nun Schritte der Annäherung eher möglich als in der Vergangenheit, in der sich zunächst die Grünen und dann die Vorläufer der Linkspartei einen Platz durch Differenzbehauptung und Abgrenzung erst erkämpfen mussten

Begünstigend für eine linke Sammlungsbewegung erscheint auch der Umstand, dass sich die (ehemaligen?) Volksparteien Union und SPD in der Serie Großer Koalitionen angenähert und abgenutzt haben. Damit gewinnen Alternativen dazu an Attraktivität – und das gilt für das linke wie rechte Lager. Die SPD ist dabei nicht außerhalb linker Planspiele, kann sie sich doch nur durch einen klaren Linkskurs von der sozialdemokratisierten Union absetzen. Damit rückt die SPD inhaltlich, zumindest potenziell, wieder näher an die Linkspartei heran, deren Sprecher ohnehin für sich reklamieren, die wahren Anwälte sozialdemokratischer Tradition zu sein.²³ Entlastend wirkt zudem auf personeller Ebene, dass Oskar Lafontaine zunehmend in den Hintergrund tritt und damit als Reizfigur für die SPD an Bedeutung verliert. Auf Seiten der Linkspartei wiederum werden Annäherungen an SPD und Grüne dadurch begünstigt, dass die Partei in ihrer Mehrheit und wohl auch dank ihrer Regierungsbeteiligung in einigen Bundesländern einen pragmatischen Kurs einschlägt. Auf Seiten der Grünen zeigt sich ohnehin eine gewisse Flexibilität, die bis zu schwarz-grünen Koalition in Baden-Württemberg und Hessen reicht, aber angesichts der bestehenden Schnittmengen eher eine Kooperation mit SPD und Linkspartei nahelegen würde. Diesen theoretischen Annäherungschancen steht allerdings die prinzipielle Hürde einer systemisch begründeten direkten Parteienkonkurrenz entgegen. Allianzen auf Basis von Kompromissen werden erst dann

wahrscheinlich, wenn für alle Beteiligten etwas zu holen ist. Das gilt vornehmlich dann, wenn eine Regierungsbeteiligung in Aussicht steht.

Ein weiterer Punkt auf der Haben-Seite des Unterfangens #aufstehen ist die langjährige Erfahrung und der hohe Bekanntheitsgrad der beiden Zentralfiguren Wagenknecht und Lafontaine. Ihr Wort findet gewiss nicht allseitige Billigung, aber immerhin Gehör, was sich nicht zuletzt an der Zahl von Interviews und Einladungen für diverse Polit-Talks ablesen lässt. Wird Oskar Lafontaine, altersbedingt und krankheitsgeschwächt, kein Leitstern künftiger Politik sein können, so agiert mit Sahra Wagenknecht eine Person auf der bundespolitischen Bühne, die klug, souverän, wortgewandt, geschickt und energisch ihre Positionen verfehlt. Charismatische Qualitäten sind ihr ebenso wenig abzusprechen wie das Gespür für Problemhierarchien und strategische Herausforderungen. Zudem hat es Wagenknecht verstanden, sich von früheren und teilweise dogmatisch erscheinenden Positionen abzusetzen. Sie kann zuhören, kann auch ausgesprochen kämpferisch auftreten – eine Eigenschaft, die sie allerdings zuweilen mit einer trotzigem Kompromisslosigkeit verbindet. Die teilweise auch aus dem linken Lager kommenden gehässigen Kommentare, die Wagenknecht in die Nähe der AfD rücken oder sie noch heute mit Stalinismus assoziieren, sind allerdings abwegig.²⁴

Probleme und Defizite

Diesen Pluspunkten steht eine Reihe von Problemen und Defiziten gegenüber. Mindestens sechs Aspekte sind hier anzuführen.

²³ Diese Position wird wiederum von linksaußen kritisiert. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, moniert, dass sich Kapitalismuskritik und der Aufruf „inhaltlich weitgehend auf klassisch sozialdemokratischem Terrain“ bewege und die „imperialistischen Grundlagen der Bundesrepublik nicht angetastet“ würden. Siehe Jelpke, Ulla. 2018. „Sozialdemokratisches Terrain.“ *junge Welt*, 10. September 2018. <https://www.jungewelt.de/artikel/339487.sammlungsbewegung-sozialdemokratisches-terrain.html>.

²⁴ Ganz zu schweigen von abstrusen Charakterisierungen, die Wagenknecht als „Dieter Bohlen der Politik“ ausweisen. Siehe Leukert, Karl-Hermann. 2018. „Sahra Wagenknecht ist der Dieter Bohlen der Politik.“ *Salonkolumnisten*. 12. August 2018. <https://www.salonkolumnisten.com/sahra-wagenknecht-ist-der-dieter-bohlen-der-politik/>.

Fehlender Rückhalt in der eigenen Partei; Distanz bei SPD und Grünen

Die Absicht, eine breite außerparlamentarische Sammlungsbewegung im linken politischen Spektrum zu „gründen“, wird durch den Sachverhalt konterkariert, dass dieses Vorhaben selbst im engeren eigenen Kreis, also der Linkspartei, auf erhebliche Vorbehalte stößt, welche nach außen hin allerdings nur relativ verhalten kommuniziert werden. Offensichtlich ist es nicht gelungen, die Mehrzahl eigener Parteifreunde, darunter auch die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, von dem Vorhaben zu überzeugen.²⁵ Es ist nicht abwegig anzunehmen, #aufstehen diene als Waffe, um durch den auf Umwegen erzeugten Druck die Oberhand im innerparteilichen Streit zu erlangen. Wie auch immer – wenn viele und wichtige Parteifreunde für #aufstehen nicht zu gewinnen sind, dann wird es umso schwerer, viele und wichtige Personen aus anderen Parteien davon zu überzeugen.

Hinzu kommt bei manchen eine Reserve gegenüber dem Duo Wagenknecht/Lafontaine. Beide gelten vielen BeobachterInnen eher als Spalter denn als Brückenbauer und Versöhner. Im speziellen Fall von Wagenknecht resultieren Vorbehalte gegenüber ihre Person auch aus früher geäußerten Positionen, die vielen als schwer vermittelbar oder gar dogmatisch erscheinen. Das betrifft Aussagen zur Politik der DDR und der Sowjet Union, zu Wagenknechts früherer Rolle in der Kommunistischen Plattform (ihre dortige Mitgliedschaft ist nicht aufgegeben, sondern „ruht“ seit 2010), Aussagen im Jahr 1992, die als Nähe zum Stalinismus interpretiert wurden, von denen sich Wagenknecht allerdings später distanziert hat. Es betrifft vor allem auch Wagenknechts Haltung in der Flüchtlingsfrage, die bereits parteiintern umstritten ist.

²⁵ Weitaus deutlichere Kritik als von den beiden Parteivorsitzenden kommt vom Reformer-Bündnis „Forum demokratischer Sozialismus“ und namentlich Stefan Liebig. Er bezeichnete den Wagenknecht-Text für die Tageszeitung Die Welt als „haltlosen Unfug“ und sprach von „Querschüssen“ (zit. in Meisner, Matthias. 2018. „Linken-Reformer werfen Wagenknecht „Querschüsse“ und „Entgleisungen“

Gründung von oben und Personalisierung

Ginge es wirklich um den Aufbau einer Bewegung, so stünde bereits an deren Vorbereitung und Anfangsstadium der Versuch, vorhandene Gruppen und Organisationen in einen offenen, basisdemokratischen und längeren Diskussionsprozess einzubinden, aus dem das gemeinsame Projekt einer Bewegung erst hervorgehen könnte. Stattdessen wurde das Gründungsdatum einer Sammlungsbewegung annonciert, deren Konturen offensichtlich im engsten Kreis und ohne öffentliche Aufforderung zur Beteiligung ausgedacht wurden.

Primärer Werbeträger für #aufstehen ist neben der Person und den Positionen Wagenknechts ein Spektrum von Leuten, die, mit Beruf und Vornamen auf der Webseite vorgestellt, ihren Unmut über herrschende politische Zustände äußern und teilweise auch entsprechende Forderungen stellen. Das Tableau dieser Personen soll Basis- und Volksnähe signalisieren, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass – soweit erkennbar – niemand von ihnen eine bereits existierende und politisch aktive Gruppe oder Organisation repräsentiert. Es bleibt unklar, nach welchen Kriterien und auf welchen Wegen diese Personen ausgesucht wurden. Ebenso bleibt unklar, ob sie gemeinsame Werte und Grundpositionen teilen und wer von ihnen an der Erstellung des ersten und vage gehaltenen fünfseitigen Programmtextes mitgewirkt hat. Abgesehen vom Vorsitzenden Bernd Stegemann wurde auch nicht ausgewiesen, welche Personen das Konstrukt „Aufstehen Trägerverein Sammlungsbewegung e.V. i. Gr.“ ins Leben gerufen haben, für das politisch das Paar Lafontaine-Wagenknecht, juristisch dagegen ein bis dato politisch unbekannter Berliner Rechtsanwalt steht. Undurchsichtig ist auch, wie #aufstehen seine bisherigen Ausgaben für Personal (z.B.

vor.“ *Der Tagesspiegel*, 26. Juni 2018. <https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-sammlungsbewegung-linken-reformer-werfen-wagenknecht-querschuesse-und-entgleisungen-vor/22736236.html>).

Webgestaltung, Webmaster, Sekretariat, Umfragetool) und Sachmittel finanziert hat.²⁶

Fehlende Verbindung zu sozialen Bewegungen

Korrespondierend zu dem von oben gesteuerten und weitgehend intransparenten Vorlauf zum Gründungsakt ist auch nicht erkennbar, dass bis zum Zeitpunkt der Gründung Anstrengungen unternommen wurden, nicht nur einzelne Personen in ihrer Eigenschaft als Prominente anzusprechen, sondern auch vorhandene Bewegungsnetzwerke und Bewegungsorganisationen (z.B. Gewerkschaften, *Attac*, *Campact*, Interventionistische Linke, *Robin Wood*, *Naturfreunde*, *Humanistische Union*, *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, Anti-Atomkraft-Netzwerke wie *ausgestrahlt*) für die Idee einer Sammlungsbewegung zu gewinnen.²⁷ Vielleicht gab es ja einige solcher Versuche, die jedoch kein sichtbares positives Ergebnis zeitigten. Ablehnungen von Bewegungsseite wären schon deshalb wahrscheinlich, weil diese Gruppen dem Geschäft der Parteipolitik eher skeptisch gegenüberstehen (was nicht bedeutet, dass sie Parteien für überflüssig oder schädlich halten) und zudem den Modus, eine Bewegung zu „gründen“, für befremdlich halten dürften. Das ergaben jedenfalls meine bisherigen Recherchen bei diversen Organisationen.²⁸

Es ist allerdings einzuräumen, dass sich mittlerweile die Distanz zu sozialen Bewegungen zu verringern scheint. So ist #aufstehen derzeit bemüht, sich aktiv in Netzwerke der Friedensbewegung, insbesondere die Initiative „abrüsten statt

aufrüsten“, einzuklinken. In eine ähnliche Richtung weist auch die Präsenz von #aufstehen bei den jüngsten Protesten im Hambacher Forst, wo die Initiative zumindest bei einer Gelegenheit mit einem Informationsstand vertreten war.

Professionelle PR statt Dialog

Vor allem basisdemokratisch orientierte und auf Freiwilligenarbeit basierende Gruppierungen, die wichtige, wenngleich nicht ausschließliche Träger vieler Bewegungen sind, werden der Art und Weise der Werbekampagne von #aufstehen reserviert gegenüberstehen. Zu dieser an Kriterien des Image-Managements ausgerichteten Kampagne zählen die sachlich kaum gerechtfertigte Beanspruchung des Bewegungsbegriffs, der Basisnähe suggerierende Webauftakt, die aufdringliche Platzierung des Schriftzugs #aufstehen mit Logo und die überall aufscheinende Aufforderung zum Mitmachen, die Fokussierung auf die Zentralfigur Wagenknecht, die Regie des Gründungsaktes mit der Presse – anstelle von versammelten AnhängerInnen – als Adressaten, die Fixierung auf Prominente, ohne die, so Wagenknecht, die Sammlungsbewegung nicht funktionieren könne²⁹, die Vereinnahmung aller Personen, die per elektronischem Eintrag Interesse an #aufstehen bekundeten, als Mitglieder bzw. Unterstützer, schließlich die restriktive Weitergabe der per Netzbefragung erhobenen Informationen über Zusammensetzung und Positionen dieses Personenkreises. Abgesehen von einigen Podiumsdiskussionen mit Wagenknecht und UnterstützerInnen³⁰ gab es nach meiner Kenntnis keine

²⁶ In Presseberichten findet sich bislang lediglich ein Hinweis auf eine Diskussionsveranstaltung zum Thema #aufstehen am 9. Oktober 2018 in Berlin-Hohenschönhausen, die von der Bundestagsfraktion der Linkspartei mit 2.600 Euro finanziert wurde.

²⁷ Selbst die innerhalb der Bundestagsfraktion der Linken angesiedelte Stelle, die Verbindungen zu sozialen Bewegungen halten soll, wurde nicht in das Projekt #aufstehen einbezogen.

²⁸ Vermutlich wurden auch exponierte Linke, die derzeit als Mitglieder der SPD oder der Grünen aktiv sind, nicht im Zusammenhang mit der Formierung der Sammlungsbewegung angesprochen. Das bestätigte z. B. der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert gegenüber der ZEIT. Siehe Brost, Marc & Hildebrandt, Tina. 2018. „Kevin Kühnert: 'Ich kann auch anders.'“

Zeit Online. 8. August 2018. <https://www.zeit.de/2018/33/kevin-kuehnert-juso-spd-umfragewerte-linkspartei-aufstehen>.

²⁹ So in einem Gespräch mit dem Spiegel im Januar. Siehe Abé, Nicola & Hagen, Kevin. 2018. „Nach Lafontaine-Vorstoß: Wagenknecht Will Neue Linke Volkspartei.“ *Spiegel Online*, 13. Januar 2018. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/linke-sahra-wagenknecht-will-neue-linke-volkspartei-a-1187565.html>.

³⁰ So beispielsweise am 10. September 2018 im Wissenschaftszentrum Berlin und am 30. Oktober 2018 in der Citykirche Elberfeld in Wuppertal.

diskursiv angelegten Versammlungen, zu denen auch KritikerInnen der Initiative geladen waren.

Unzureichende inhaltliche Konkretisierung

Spätestens mit der Freischaltung der Webseite in Verbindung mit dem Aufruf „Werde Teil der Bewegung“ wäre zu erwarten gewesen, dass ein aussagekräftiger schriftlicher programmatischer Entwurf, zumindest aber ein Verfahren zur Erstellung eines solchen Entwurfs, vorgestellt wird. Erst dann können die sich namentlich Eintragenden, die in Wagenknechts und Lafontaines öffentlichen Äußerungen als Unterstützer reklamiert werden, auch wissen, worauf sie sich einlassen. Diese Informationen fehlten jedoch. Insofern haben Unterstützer bzw. Interessenten, die man in der Netzsprache wohl als *follower* bezeichnen müsste, gleichsam einen unverbindlichen Blankoscheck gezeichnet. Oder, um ein anderes Bild zu wählen: Es wurde zuerst ein Sammelticket gekauft, um dann erst MitfahrerInnen anzuwerben und zu klären, wohin die Reise letztlich gehen soll.

Die zum Gründungsakt veröffentlichte fünfseitige Grundsatzklärung ist durchweg vage gehalten und lässt somit weiten Spielraum, welche konkreten politischen Maßnahmen aus den vorhandenen Richtungsmarken abgeleitet werden sollen.³¹ Diese Vagheit lässt sich in dieser frühen Phase nicht per se als Defizit einstufen, gehört doch die Offenheit der Diskussion zu den Gütekriterien von sich als demokratisch verstehenden Gruppierungen und sozialen Bewegungen. Insofern ist es auch zu begrüßen, wenn Wagenknecht

nach dem Gründungsakt ankündigte, es solle ein Programm in einem breiten Beteiligungsprozess, der auch lokale Gruppen einschließt, erarbeitet und letztlich verabschiedet werden. So gesehen wäre es konsequent gewesen, nicht die Existenz einer Bewegung qua eines nicht-partizipativen Gründungsaktes zu deklarieren, sondern vielmehr in einem längeren Prozess das Faktum einer sich herauskristallisierenden Bewegung für sich sprechen zu lassen. Dann hätte es keines offiziellen Akts oder einer Proklamation bedurft.

Vorstufe zu neuer Partei?

In direkten Anfragen an Sahra Wagenknecht wie auch in eigenständigen Kommentaren von journalistischer und anderer Seite spielt die Frage einer möglichen Parteigründung, für welche #aufstehen eine Vorstufe oder ein Sprungbrett darstellen könnte, eine zentrale Rolle. Derzeit dementieren die Initiatoren ausdrücklich ein solches Vorhaben. Zugleich wird es aber von Wagenknecht nicht kategorisch ausgeschlossen³² und von einigen Personen in ihrem engsten Umfeld, darunter Bernd Stegemann und Sevim Dağdelen, zumindest andeutend ins Spiel gebracht.³³

Sofern jedoch eine über die Linkspartei hinausreichende Sammlungsbewegung – und eben keine Partei – entstehen soll, muss es in zweifacher Hinsicht gute Gründe geben: Zum einen müssen besondere Inhalte und Forderungen benannt werden, die wohl nicht identisch mit der Programmatik der Linkspartei sein können, welche – wie jede Partei – ohnehin fortlaufend um Wähler und Unterstützer wirbt. Allerdings gelang

³¹ Ein Beispiel: Unter dem Stichwort „Hilfe für Menschen in Not“ wird angeführt, es sei das „Recht auf Asyl für Verfolgte (zu) gewährleisten“. Die Frage ist doch, wie dieses im Grundgesetz verbriefte Recht umgesetzt werden soll.

³² Rainer Balcerowiak, der mit einer neuen Parteigründung sympathisiert und darüber mit Wagenknecht gesprochen hat, stellt in seinem Buch fest: „Ausdrücklich für alle Zeiten ausschließen wollte Wagenknecht die Gründung einer neuen Partei allerdings auch nicht. Doch es ergebe wenig Sinn, diese Frage abstrakt zu diskutieren, es komme immer auf die Entwicklung und die konkrete Situation an, meint sie.“ (Balcerowiak, 2018, 133)

³³ Siehe dazu Meisner, Matthias. 2018. „Wie ‚Auf-

stehen‘ bei Wahlen antreten könnte“, *Der Tagesspiegel*, 3. Oktober 2018. <https://www.tagesspiegel.de/politik/sammlungsbewegung-von-sahra-wagenknecht-wie-aufstehen-bei-wahlen-antreten-koennte/23138222.html>. Rainer Balcerowiak, freier Journalist und vormals langjähriger Redakteur der *Jungen Welt*, legt in seinem Buch „Aufstehen und wohin geht’s“ nahe, dass aus der Sammlungsbewegung eine Partei erwachsen könnte: „Derzeit nimmt niemand das P-Wort in den Mund, doch die Gründung einer neuen linken Volkspartei könnte die unausweichliche Konsequenz sein, wenn man nicht riskieren will, die zahlreichen Anhänger von ‚Aufstehen‘ enttäuscht oder auch wütend im politischen Niemandsland stehen zu lassen“ (zitiert in Ebd.).

es der Partei in den letzten Jahren nicht, einen Durchbruch zu erzielen. Es bedarf also besonderer Inhalte und Projekte, die auch AnhängerInnen anderer Parteien und parteiferne Personen ansprechen und somit eine „linke Machtoption“ (Wagenknecht) eröffnen. Darin liegt implizit das Eingeständnis, dass die vorliegende Programmatik der Linkspartei für die neue Initiative nicht ganz passend bzw. nicht hinreichend sei.

Zum anderen muss die besondere Form einer Bewegung in Abgrenzung zur Form einer Partei als gerechtfertigt und attraktiv dargestellt werden. Hier fehlt bislang eine argumentative Unterfütterung, die über die Beschwörung des Sinns und der Kraft außerparlamentarischer Mobilisierung hinausreichen würde. Erforderlich wäre es, sich nicht nur auf die allgemeinen Bedingungen der Bewegungslogik einzulassen, sondern angesichts der strukturellen Bandbreite historischer Bewegungen, die von autoritär-faschistischen bis hin zu radikal-demokratischen Graswurzelmodellen reichen, auch zu sagen, welche Organisationsformen und kommunikativen Praxen angestrebt werden. Das würde bedeuten, dass Personen, die sich bisher ganz der professionellen Parteipolitik verschrieben haben und entsprechend sozialisiert wurden, sich auf eine andersartige Welt einlassen müssten. Mit der Selbstbezeichnung als Bewegung ist es jedenfalls nicht getan. Entsprechend lautet auch ein oft geäußerter Kommentar, es handle sich beim Vorhaben einer linken Sammlungsbewegung um das richtige Projekt, aber das falsche Personal.

Fazit

In Abwägung der Chancen und Hürden des Projekts ziehe ich ein skeptisches Fazit. Insbesondere meine ich, dass der Gründungsimpuls aus einer Situation der Schwäche erfolgte: erstens der Schwäche ihrer beiden Leitfiguren, eigene Positionen innerhalb der Linkspartei durchsetzen zu können; zweitens der Schwäche, der Partei Die Linke zu deutlich mehr Stimmen zu verhelfen, obgleich doch viele der von ihr benannten Probleme auf der Hand liegen und, vor allem als soziale Probleme, am konsequentesten von dieser Partei aufgegriffen werden; drittens der Schwäche, tragfähige Brücken zu SPD und Grünen, vor allem

aber auch zu einer Reihe progressiver Bewegungen in Deutschland zu bauen. Den Initiatoren des Vorhabens scheint die Eigenlogik sozialer Bewegungen fremd zu sein.

Die Initiative #aufstehen weckt bei etlichen organisierten und nicht organisierten Linken Hoffnung und Zuversicht. Dass manche Kommentatoren das Vorhaben in einer bissigen Haltung abwerten, könnte eher als Indiz dafür gelten, dass es selbst von dieser Seite als erfolgsträchtig eingestuft wird. Dafür sprechen auch die in wenigen Tagen und Wochen zustande gekommenen Zahlen von UnterstützerInnen und InteressentInnen, der Zuspruch in diversen sozialen Netzen und einer Reihe von profilierten Linken wie Detlef Henschke, Rudolf Dreßler, Matthias Greffrath und Wolfgang Streeck, denen strategische Überlegungen nicht fremd sind. Es handelt sich allerdings um Personen, die nicht oder nicht mehr in das politische Machtgeschäft eingebunden sind.

In einer Situation der zumindest partiellen Fragmentierung, wenn nicht sogar des Gegeneinanders linker Kräfte, ist der Ruf nach Sammlung und Einigung attraktiv. In längerfristiger Perspektive sehe ich jedoch nur geringe Erfolgchancen für das Projekt #aufstehen. Der Zustrom weiterer AnhängerInnen, so vermute ich, wird noch eine Weile anhalten, dann aber stagnieren und nur noch mit hohen Transaktionskosten zu steigern sein. Nach einer Phase der Euphorie, wie sie auch für *Attac*, die Piratenpartei, *Occupy*, *Blockupy*, *Pulse of Europe* und *La France insoumise* kennzeichnend war, beginnen die Mühen der Ebenen.

Bündnisarbeit in sozialen Bewegungen ist weitaus aufwendiger und langwieriger als die zu meist in rein taktischer Absicht getroffenen Absprachen zwischen führenden PolitikerInnen verschiedener Parteien. Diese Politiker sind qua Amt oder Beschluss mit einem Verhandlungsmandat ausgestattet. Sie haben Ressourcen, um Beschlüsse durchzusetzen. Die Bündnisarbeit in sozialen Bewegungen setzt vor allem Vertrauen voraus und wird weniger durch Verhandlungsmacht geprägt; sie braucht Zeit und die Erfahrungswerte von bislang halbwegs gelungener Kooperation, um zu weiteren und engeren Formen der Zusammenarbeit zu kommen.

Sollten sich die Anzeichen dafür mehren, dass #aufstehen in eine neue linke Partei mündet, so

wird ein Teil der Anhängerschaft abspringen. Eine weitere linke Partei mag das rechnerische Möglichkeitsspektrum parteipolitischer Kooperationen und Allianzen erweitern, aber wird zugleich Konkurrenzkämpfe innerhalb linker und zwischen linken Parteien befördern. Ziemlich sicher erscheint mir jedenfalls, dass die Gründung einer weiteren Linkspartei das Aus für das Projekt einer breiten Sammlungsbewegung bedeuten würde. Dann erschienen die Anstrengungen in Richtung Sammlungsbewegung lediglich als ein Vehikel der Ressourcenbeschaffung für ein neues Parteiprojekt, welches, soll es nicht als reine Kopfgeburt erscheinen, vorher mit Masse ausgestattet werden soll. Es gibt derzeit viele Gründe, Möglichkeiten und Anlässe zum Aufstehen. Aber bedarf es dazu des Projekts #aufstehen?

Literatur

- Balcerowiak, Rainer. 2018. *Aufstehen und wohin geht's*. Berlin: Das Neue Berlin.
- Habermas, Jürgen. 1992. *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hardt, Michael & Negri, Antonio. 2004. *Multitude. War and Democracy in the Age of Empire*. New York: The Penguin Press.
- Laclau, Ernesto. 2005. *On Populist Reason*. London: Verso.
- Mettke, Jörg R. 1982. „Auf beiden Flügeln in die Höhe.“ In Jörg Mettke, Hrsg., *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, 7-25. Reinbek: Rowohlt.
- Michels, Robert. 1989 [1911]. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Mouffe, Chantal. 2018. *For a Left Populism*. London/New York: Verso.
- Roth, Roland. 2018. Radikaler Reformismus. Geschichte und Aktualität einer politischen Denkfigur. In Ulrich Brand & Christoph Görg, Hrsg., *Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*, 219-240. Baden-Baden: Nomos.
- Rucht, Dieter. 1987. „Zum Verhältnis von politischen Parteien und sozialen Bewegungen.“ *Journal für Sozialforschung*, 27 (3/4), 297-313.
- Rucht, Dieter. 2012. Leadership in Social and Political Movements. In Ludger Helms, Hrsg., *Comparative Political Leadership*, 99-118, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Rucht, Dieter. 2018. Bewegung oder Partei? „Aufstehen“ wozu? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/2018, 9-12.
- Schmitter, Philipp & Streeck, Wolfgang. 1981. *The Organization of Business Interests. A Research Design to Study the Associative Action of Business in the Advanced Industrial Societies of Western Europe*. Discussion Paper. Wissenschaftszentrum Berlin. https://www.researchgate.net/publication/48264436_The_organization_of_business_interests_Studying_the_associative_action_of_business_in_advanced_industrial_societies.
- Siegert, Jens/Ulrich, Bernd/Hirsch, Joachim. 1986. *Wenn das Spielbein dem Standbein ein Bein stellt. Zum Verhältnis von Grüner Partei und Bewegung*. Kassel: Weber, Zucht & Co.
- von Lucke, Albrecht (2015): EU in Auflösung? Die Rückkehr der Grenzen und die populistische Gefahr. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2015, 45-54.

Zuletzt sind die folgenden ipb working papers erschienen:

#NoG20
Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden
und der Beobachtung des Polizeieinsatzes
Sebastian Haunss
Priska Daphi
Leslie Gauditz
Philipp Knopp
Matthias Micus
Philipp Scharf
Stephanie Schmidt
Moritz Sommer
Simon Teune
Roman Thurn
Peter Ullrich
Sabrina Zajak



ipb working papers

Researching Police in/under Protest. Police Research as a Journey of Discovery with Obstacles

Autor: Peter Ullrich

Veröffentlicht: März 2018 (I.2018)

Projektkontext: Videoüberwachung von Versammlungen und Demonstrationen (ViDemo)

https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/03/Researching-Police_ipb-working-paper_1-18.pdf

#NoG20
Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden
und der Beobachtung des Polizeieinsatzes
Sebastian Haunss
Priska Daphi
Leslie Gauditz
Philipp Knopp
Matthias Micus
Philipp Scharf
Stephanie Schmidt
Moritz Sommer
Simon Teune
Roman Thurn
Peter Ullrich
Sabrina Zajak



ipb working papers

#NoG20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes

Autor_innen: Sebastian Haunss, Priska Daphi, Leslie Gauditz, Philipp Knopp, Matthias Micus, Philipp Scharf, Stephanie Schmidt, Moritz Sommer, Simon Teune, Roman Thurn, Peter Ullrich und Sabrina Zajak

Veröffentlicht: November 2017 (III.2017)

Projektkontext: Befragung G20-Demonstrationen 2017

https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/NoG20_ipb-working-paper.pdf

Zwischen Emphase und Aversion
Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung
Simon Teune
Moritz Sommer
unter Mitarbeit von Dieter Rucht



ipb working papers

Zwischen Emphase und Aversion. Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung

Autor_innen: Simon Teune, Moritz Sommer und Dieter Rucht (Mitarbeit)

Veröffentlicht: Juli 2017 (II.2017)

Projektkontext: Großdemonstrationen in den Medien

https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/ipb-working-paper-Grossdemonstrationen-in-den-Medien_web.pdf

Weitere Texte der Reihe sind abrufbar unter: <https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>